

LED-Straßenlaternen für entmündigte Bürger

Autor: sw

In einem kleinen Dorf in Brandenburg müssen die Straßenlaternen erneuert werden. Dagegen hat sicher keiner der Anwohner etwas einzuwenden, auch nicht dagegen, dass jeder mit einem Anteil an der Finanzierung beteiligt wird. Die Art und Weise jedoch, wie die Gemeinde ihre Bürger behandelt und entmündigt führt nicht nur zu Unmut und Widerstand, sondern letztlich auch zu einem kostspieligen Rechtsstreit.

So ist es abgelaufen: Die Gemeindevertretung beschließt die Maßnahme und behandelt das Thema nebenbei in einer Gemeinderatssitzung. Schnell wird eine Straßenausbaubeitragssatzung erarbeitet, in der u.a. steht, dass die Anwohner auch zahlen müssen, wenn keine Bürgerbeteiligung stattgefunden hat. Der Auftrag zur

Ausführung geht wie immer an ein ortsansässiges Unternehmen, das im Gemeinderat sitzt. Daher wird auch über Mängel bei der Ausführung hinweggesehen. Vier Jahre nach Beendigung der Bauarbeiten, kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist werden in der Weihnachtszeit erst falsche, dann korrigierte Bescheide über Straßenausbaubeiträge versendet. Diese enthalten unterschiedlich hohe Beteiligungen und ein Zahlungsziel von vier Wochen. Selbstverständlich löst das Unmut aus, die Anwohner reichen Widersprüche ein. Die Gemeinde lässt sich ein halbes Jahr Zeit zur Ablehnung und praktischerweise fällt die Antwort in die Urlaubszeit, was den Anwohnern eine gemeinsame Reaktion erschwert. Verschärft wird dies noch durch den Winkelzug, dass für jede Stra-

ße die Bescheide in drei Wochen Abständen versendet werden, so dass für die einen die Frist zur Klage fast abgelaufen ist, wenn die anderen darüber nachdenken. Einige Anwohner mit besonders viel Wut lassen sich nicht abschütteln und reichen Klage ein, trotzdem die Anwalts- und Gerichtskosten teilweise den geforderten Beitrag überschreiten. Der Ausgang ist offen. Muss das so laufen?

So hätte es laufen können: Die Gemeinde beauftragt den Planer mit einer Variantenuntersuchung, die ohnehin zu seinen Grundleistungen gehört. Diese wird in einer gesonderten Einwohnerversammlung vorgestellt und die Notwendigkeit der Erneuerung sowie die Vor- und Nachteile verschiedener Ausführungsvarianten erläutert. Mittels Kostenschätzung des Planers werden

Impressum

Das Bürgerblatt ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bürgerkandidaten, die hier Themen veröffentlichen, für die sie sich einsetzen. www.buergerkandidaten.de

Ingo Weidelt: ingo.weidelt@protonmail.com

CETA-Aktionstag – bundesweit
am 29. September 2018

Ein Aufruf zum Mitmachen, vom
Netzwerk Gerechter Welthandel

www.ceta-aktionstag.de

die geschätzten Kosten je m² Grundstück angegeben. Zum Schluss gibt es eine Abstimmung der Anwohner. Sie sollen entscheiden, wie stark sie Energieeinsparung, Langlebigkeit oder Ästhetik bewerten. Jeder kann nun anfangen den Beitrag zur Seite zu legen. Werden dann die Bescheide zugesendet, weiß jeder wofür er bezahlt und dass die Mehrheit der Anwohner die Maßnahme genauso haben wollte. Wäre das so schwer gewesen? Es hätte allen Beteiligten Geld und Nerven erspart. Und die Anwohner hätten sich sicherlich über die neuen Laternen gefreut.

Pax Terra Musica – Rückblick und Einblick

Autor: Ingo Weidelt

Die Bürgerkandidaten waren auf dem Pax Terra Musica Festival in Friesack vertreten und haben die Teilnahme genossen. In einer gelungenen Mischung aus Musik, Vorträgen und Workshops ging es um Frieden, Zukunftsgestal-

tung und Bürgerbeteiligung. Unzählige kleine und größere Organisationen und Initiativen waren vertreten. Democracy e.V., Attac, human connection, Friedensbrücke- Kriegsopferhilfe e.V. oder Aktion Freiheit statt Angst, um nur Einige zu nennen. Ein kurzes Gespräch mit den Aktiven von der Friedensbrücke brachte Einsicht in den Ukraine Konflikt. Die Democracy App soll im Herbst des Jahres den Bürgern per Smart-phone Mitbestimmung im Bundestag ermöglichen und die Plattform human connection ermöglicht eine neue Art der Vernetzung.

Die Atmosphäre war sehr familiär. Nicht nur, weil das Festival recht jung und noch überschaubar ist, sondern weil alle Teilnehmer sich ehrenamtlich engagieren für Frieden, für Demokratie, für Gerechtigkeit, für Gesundheit oder für die Umwelt. Auch wenn sich die Themen unterscheiden, war es schön zu sehen, dass alle an einem Strang ziehen.

Von den Radikalen und Rechten, die laut Medienberichten das Festival für ihre Botschaften nutzen

wollten, fehlt jede Spur. Da kann man den Medien nur danken für die voreilige Verurteilung.

Den Einstieg in die Reihe aus interessanten und fesselnden Vorträgen macht Jana Wolff, Bürgerkandidatin aus Schwerin. Sie stellt die Idee der Bürgerkandidaten und das System des Konsensierens vor, das von ihnen bereits erfolgreich für Abstimmungen eingesetzt wird. In der Diskussionsrunde mit hintergründigen und interessierten Fragen wirft eine Teilnehmerin die Frage auf, warum das nicht allgemein angewendet wird, es scheint doch sehr logisch und für alle nachvollziehbar zu sein, dass Abstimmungen so tatsächlich den Konsens aller Beteiligten erreichen können.

Dass man in dieser Atmosphäre Kontakte für die weitere Arbeit in den Initiativen knüpfen konnte, steht außer Frage.

Bleibt noch ein Dank an die Veranstalter, die uneigennützig das Festival organisiert haben und die Freude aufs nächste Jahr mit vielen engagierten Leuten und unterstützenswerten Initiativen.

Seit 2015 unterstützt „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.“ Menschen in Kriegsgebieten. Ob Weihnachtstüten für Kinder in Lughansk oder Hilfe zur Selbsthilfe – helfen hilft! Warum wir das tun? Auf der Seite www.fbko.org finden Sie eine erste Antwort darauf.

Spenden an: Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.
Volksbank Berlin, IBAN: DE56100900002582793002

